

PRESSEINFORMATION

Potsdam, 11. Dezember 2023

Daniel Keller, Sebastian Rüter

Gute Bezahlung für gute Arbeit

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt erfolgreiche Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf Länderebene. Die erzielten Ergebnisse stellen einen wichtigen Kompromiss zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft der Länder dar. Sie sind ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechten Entlohnung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und als Beitrag zur Sicherung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber.

Daniel Keller, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, betont die Bedeutung dieses Kompromisses: "Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist ein großer Erfolg, es sorgt dafür, dass Beschäftigte im Öffentlichen Dienst und ihre Familien gerade in der Krisenzeit mehr Geld zur Verfügung haben. Wir werden uns gemeinsam mit den Gewerkschaften auch weiterhin dafür einsetzen, dass alle Beschäftigte in unserem Land eine bessere Bezahlung erhalten. Das Ergebnis stellt einen positiven und bedeutenden Kompromiss zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft der Länder dar. Es gewährleistet die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber durch angemessene Löhne und sichert gleichzeitig die finanzielle Flexibilität der Länder in herausfordernden Zeiten."

Sebastian Rüter, Sprecher für Arbeitsmarktpolitik, unterstreicht die Rolle starker Gewerkschaften: "Das Ergebnis zeigt auf, wie wichtig starke Gewerkschaften in unserem Land sind. Nur mit Hilfe einer organisierten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschaft können solche Erfolge bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeber erzielt werden. Das Resultat kann sich sehen lassen. Zudem wird mit Hilfe der Sonderzahlung der Inflation Rechnung getragen. Alles in allem ein zufriedenstellender Abschluss für beide Seiten."

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734



Hintergrund:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erhalten im Zuge der Tarifabschlüsse auf Länderebene eine einmalige Inflationsprämie von insgesamt 3000 Euro. Im November 2024 steigen die Entgelte um einen Sockelbetrag von 200 Euro, im darauffolgenden Februar 2025 noch einmal um 5,5 Prozent.